

FreiBrief aus Berlin

Mai 2018



THORSTEN FREI.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Kapitel des Koalitionsvertrages widmet sich der Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Titel „Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt“. Mit Blick auf die vielen Krisenherde ist die Welt unsicherer und unberechenbarer geworden. Die Krisen machen deutlich, vor welchen außenpolitischen Herausforderungen wir stehen und wie verschieden diese sind: Handelskriege, Rüstungswettläufe und bewaffnete Konflikte, Klimawandel, geopolitische Herausforderungen wie die Instabilität im Nahen und Mittleren Osten, Fluchtbewegungen und Nationalismen innerhalb und außerhalb Europas sind nur einige Beispiele. Deutschland muss in Europa und in der Welt mehr Verantwortung übernehmen – dies wird in den nächsten Monaten deshalb ein zentraler Arbeitsschwerpunkt unserer Fraktion sein.

Im Wahlkreis ist die Verkehrspolitik einmal mehr eines der bestimmenden Themenfelder. Nach der enttäuschenden Priorisierung der B523 durch Landesverkehrsminister Winfried Hermann vom 20. März ist es uns im Rahmen der Regionalkonferenz des RP Freiburgs gelungen, dass bereits im ersten Halbjahr 2020 mit den Planungen begonnen wird. Gleichzeitig stelle ich fest, dass diese positive Entwicklung leider nur auf Druck der CDU-Abgeordneten der Region im Bundes- und Landtag erfolgt ist. Insbesondere die Grünen in der Region haben sich hinter der Mauertaktik von Verkehrsminister Hermann versteckt.

Herzlichst

Bund muss bei der Grundsteuerreform Initiative ergreifen



Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist die Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer verfassungswidrig. Ich spreche mich nach dem vorliegenden Urteil für eine rasche Reform der Grundsteuer aus. Dabei gibt die knappe Übergangsfrist die Richtung vor: Gefordert ist jetzt eine schnell umzusetzende Lösung, die nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mit relativ geringem Verwaltungsaufwand umzusetzen ist. Zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit in Deutschland und zur Sicherung der Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen sollte der Bund hier die Initiative ergreifen. Ziel muss sein, eine verfassungsgemäße Regelung zu erarbeiten, die auch einer erneuten Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhält. Dabei setze ich mich dafür ein, dass das kommunale Hebesatzrecht nach einer Reform der Grundsteuer bestehen bleibt. Dieses Hebesatzrecht ist wichtiger Bestandteil einer gelebten kommunalen Selbstverwaltung. Die Grundsteuer muss mit relativ geringem Aufwand ermittelt werden können. Die Bemessungsgrundlage sollte so ausgestaltet sein, dass auf bereits bestehende bzw. automatisch generierte Daten zurückgegriffen werden kann. Dem Steuerpflichtigen ist zuzumuten, eine Erklärung zu abweichenden bereits vorhandenen Daten abzugeben. Zudem sollte kein stetiger Verwaltungsmehraufwand durch immer fortlaufende Aktualisierungen entstehen.

Kleinwaffen töten die meisten Menschen auf der Welt

In meiner Rede zum Jahresabrüstungsbericht im Deutschen Bundestag unterstrich ich besonders die katastrophale Situation im Bereich der Kleinwaffen,

also der Handwaffen, der Pistolen, der Maschinenpistolen, der halbautomatischen Gewehre. Schließlich werden durch keine andere Waffengattung tatsächlich so viele Menschen getötet wie durch Kleinwaffen. Die UN gehen davon aus, dass etwa 875 Millionen Kleinwaffen in der Welt zirkulieren und dadurch jährlich etwa 250.000 Menschen ums Leben kommen. Besonders problematisch ist, dass diese Waffen an vielen Orten der Welt sehr günstig zu beschaffen sind. Die Verbreitung ist immens, und die Schadenswirkungen, die daraus entstehen, sind es genauso. Flucht und Migration und womöglich auch Terror sind Folgen, von denen auch Deutschland getroffen wird. Deswegen ist es richtig, dass sich Deutschland intensiv mit der Nichtverbreitung und Kontrolle von Handwaffen befasst. Denn nur ohne die Gefahren illegaler Waffen in der Hand der Bevölkerung, kann ein staatliches Gewaltmonopol effektiv geschaffen und durchgesetzt werden. Das sorgt am Ende für Lebenssicherheit der Menschen, sorgt für wirtschaftliche Investitionen und Entwicklungen und schafft Lebensperspektiven.

In einer weiteren Rede thematisierte ich die steigende Bedeutung der Migrationsherausforderung unter dem Dach der Vereinten Nationen. Ich glaube, dass es ganz entscheidend ist, sich vor Augen zu führen, dass wir in einer globalisierten Welt leben, in der die Realisierung nicht innerhalb nationaler Grenzen oder innerhalb von Europa möglich ist. Weltweit sind knapp 66 Millionen Menschen gezwungen aus ihren Herkunftsländern zu fliehen. Wenn man Migration umfassend betrachtet, dann sind es fast 250 Millionen Menschen, die weltweit als Migranten unterwegs sind. Es geht um Steuern, ordnen und begrenzen. Es geht um die Frage, wie wir es schaffen, in den Herkunftsländern Rahmenbedingungen für schnelle und sichere Rückführungen zu ermöglichen. Das sind alles Themen, die international geregelt werden müssen, und an denen wir ein nationales Interesse haben. Wer das Gegenteil will, schadet unserem Land.

Die Reden finden Sie auf meiner [Homepage](#) ([hier](#)) oder in meinem [YouTube-Kanal](#) ([hier](#)).



Planungsbeginn für Lückenschluss B 523 bereits 2020 ist ein Lichtblick



Bei der Regionalkonferenz des Regierungspräsidiums Freiburg wurde die Umsetzungsplanung der südbadischen Straßenbauprojekte des Bundesverkehrswegeplans thematisiert. Ich begrüße den angekündigten Beginn der Planungen für den Lückenschluss B523 durch das Regierungspräsidium Freiburg für das erste Halbjahr 2020. Gleichzeitig stelle ich fest, dass diese positive Entwicklung leider nur auf Druck der CDU-Abgeordneten der Region im Bundes- und Landtag sowie des Kreistages, insbesondere der Kreistagsresolution vom 9. April 2018, der alle Parteien außer den Grünen zugestimmt haben, erfolgt ist. Aufgrund der bereits im Dezember 2016 erfolgten Einordnung des Lückenschlusses durch den Bund in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans hatte ich die Erwartung, dass das Land in die Fortsetzung der bereits begonnenen Planung sofort, aber spätestens im ersten Halbjahr 2017 einsteigt. Diese Erwartung wurde leider bitter enttäuscht. Natürlich freue ich mich, dass nunmehr im Jahr 2020 und nicht erst vier Jahre später richtig losgelegt wird. Dennoch gehört zu einer sachlichen Bilanz auch, dass bis jetzt zwei Jahre mit Nichtstun verschenkt wurden. Insofern hoffe ich für die Wirtschaft und die Menschen in meinem Wahlkreis, dass die Ankündigung des Regierungspräsidiums nicht nur ein Lippenbekenntnis zur Beruhigung der Gemüter ist, sondern tatsächlich Wirklichkeit wird.

Albanische Schüler lernen die deutsche Aufarbeitungskultur kennen

Wie geht Deutschland mit seiner Geschichte um? Dieser Frage durften albanische Schüler sowie deren Lehrerinnen diese Woche in Berlin nachgehen. Dadurch sollten die jungen Albaner Einblicke in die deutsche Versöhnungskultur nach dem 2. Weltkrieg und dem Ende des Sozialismus in Ostdeutschland bekommen,

um selbst einen Weg zu finden, besser mit ihrer eigenen Geschichte umzugehen. Denn bis heute wurde die Diktatur unter Enver Hoxha noch nicht richtig aufgearbeitet. Finanziert wurde die 5-tägige Bildungsreise von der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie deren albanischer Partnerorganisation „Institute for Democracy, Media and Culture“, welche den Wettbewerb „Ask your Grandparents“ veranstalteten. Zum Programm zählten unter anderem ein Besuch im Deutschen Bundestag und ein Gespräch mit mir.



Dabei erläuterte ich meine eigene Sichtweise über die jüngsten politischen Ereignisse in Albanien. Insbesondere bezog ich mich dabei auf den Beginn möglicher Beitrittsverhandlungen mit der EU, die von der EU-Kommission empfohlen wurden. Jedoch betonte ich auch, dass man ohne die Vergangenheit zu kennen, die Zukunft nicht gestalten kann. Wichtig – mit Blick auf die junge Generation in Albanien – ist auch, den politischen Schwerpunkt noch stärker auf die Bildung zu legen, da sie der Schlüssel für eine starke Zivilgesellschaft ist, welche das Handeln der eigenen Regierung überprüfen und somit die Grundlage für ein demokratisches Regieren schaffen kann.

Sportfreunde des SV Aasen zu Besuch im Reichstag



Kürzlich stand ich 19 Sportfreunden des SV Aasen im Rahmen einer Weiterbildungsfahrt im Deutschen Bundestag für ein Gespräch zur Verfügung. Zum Auftakt erkundigte ich mich über die aktuellen Baufortschritte des neuen Rasenplatzes und die Arbeiten an der Infrastruktur, was in einer lebhaften Analyse der

Tabellensituation in allen Altersklassen mündete. Im Anschluss daran berichtete ich über meine Arbeit in Berlin. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass es bei den Auswirkungen von Gesetzen immer auch auf möglichst große Handlungsspielräume der Kommunen ankomme. Aus aktuellem Anlass war es mir wichtig, die ab Anfang Mai zu erwartenden US-Strafzölle auf Aluminium und Stahl anzusprechen. Diese sind zunächst einmal zwar sehr abstrakt. Aber wenn man die große Exportstärke der mittelständischen Wirtschaft in unserer Region betrachtet, dann sieht man neben dicken Auftragsbüchern mittlerweile leider auch dunkle Wolken aufziehen. Diese Herausforderungen durch amerikanischen und chinesischen Protektionismus sind für uns in Baden-Württemberg brandgefährlich, da fast jedes Unternehmen direkt betroffen ist. Sie können ganz konkret Arbeitsplätze kosten. Deshalb setze ich mich bei meinen Auslandsdienstreisen regelmäßig für die Stärkung des Regelwerks der WTO und den Freihandel ein. Auf dem weiteren Programm der Aasener standen ein Besuch des Bundesrates, das Berlin-Konzert der Band Pur, Hertha BSC gegen den FC Augsburg sowie ein kulinarischer Abstecher in das Berliner Restaurant von Ralf Zacherl.

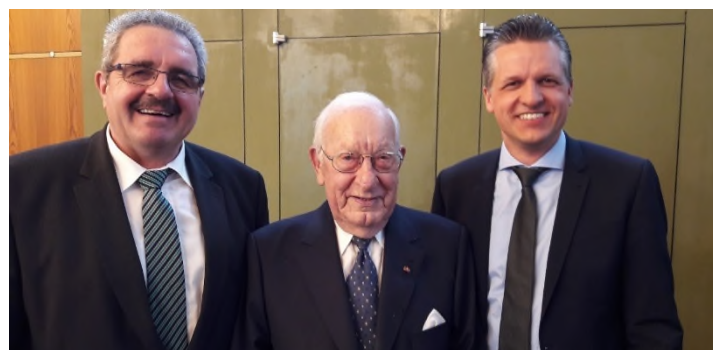
Thorsten Frei besucht beispielhafte Initiative „Gesundes Kinzigtal“ in Hausach



Teuer, unfair, ineffizient – Kritik gibt es seit Jahrzehnten am deutschen Gesundheitssystem. Zahlreiche Reformen haben daran nichts geändert. Anders das Kinzigtal. 2005 ist man mit der Initiative „Gesundes Kinzigtal“ ausgeschert. AOK und Landwirtschaftliche Krankenkasse unterstützen das Modell, mit anderen Kassen steht man nach erfolgreichen Jahren in Verhandlungen. Das Konzept dieses Gesundheitsnetzwerks der Ärzteinitiative Kinzigtal und dem Unternehmen OpiMedis AG ist überzeugend wie einfach: Der Gesundheitserhalt steht hier im Vordergrund. Wo sonst Ärzte für das Behandeln von Krankheiten bezahlt werden, verdienen sie hier mehr, wenn sie die

Gesundheit ihrer Patienten durch Gesundheitskurse, Sport im Fitnessraum oder umgehender Behandlung bei Aufkeimen von psychischen Belastungen. Dieses Konzept spart den Krankenkassen jährlich nachweislich Millionen. Es überzeugt mich ebenso im Hinblick auf Lebensqualität und Lebensdauer. Nicht umsonst ist dieses Präventionsmodell in Deutschland und inzwischen auch weltweit gefragt.

Thorsten Frei gratuliert St. Georgens Altbürgermeister Günter Lauffer zum 90.



„Wir feiern einen großen Demokraten. Man kann der Stadt nur zu einem solchen Ehrenbürger gratulieren“, sagte ich beim Empfang der Stadt St. Georgen aus Anlass des 90. Geburtstags des früheren Bürgermeisters Günter Lauffer am 5. April. Der Ehrenbürger der Stadt hat in seinen 24 Amtsjahren sehr viel für die Bergstadt bewegt hat, ebenso kreisweit als Fraktionssprecher der Union im Kreistag. Auch im Namen der Landtagsabgeordneten Martina Braun (Grüne) und Karl Rombach (CDU) habe ich Günter Lauffer gratuliert.

Antrittsbesuch von Thorsten Frei bei Bürgermeisterin Lisa Wolber in Gütenbach



Am Wahlabend im Dezember habe ich ihr und den Gütenbachern zur Wahl gratuliert, ebenso bei ihrer Amtseinführung im März. Am 6. April besuchte ich die

neue Bürgermeister Lisa Wolber im Gütenbacher Rathaus. Zwar ist sie mit ihren 29 Jahren die jüngste Rathauschefin im Land, bringt aber schon ausreichend Erfahrung als Hauptamtsleiterin in Gütenbach mit. Und sie packt mit der Sanierung der in den 1960er-Jahren gebauten Gemeindehalle für 2,5 Millionen Euro und dem schrittweise Ausbau des Breitbandnetzes gleich die wichtigsten Probleme an.

CDU-Kreisvorstand von Städtzwerger-Kita in Blumberg beeindruckt



Beeindruckt waren die Mitglieder des CDU-Kreisvorstands und ich über Konzept und Einrichtung der Kita „Städtzwerger“, die uns die neue Leiterin Kerstin Heitzmann und Bürgermeister Markus Keller vor unserer Kreisvorstandssitzung in Blumberg vorstellten. Mit guten Öffnungszeiten, die Müttern eine schnelle Rückkehr in den Beruf ermöglichen, einer Rundum-Betreuung oder dem Angebot, Plätze zu teilen, sei die Einrichtung zum meist ausgebuchten Renner geworden. Wenn man bedenkt, dass es eine öffentliche U3-Betreuung in Baden-Württemberg erst seit gut zehn Jahren gibt, ist das generell eine gewaltige Entwicklung und Blumberg ein Musterbeispiel. Wir wollen die bestmögliche Betreuung für unsere Kinder ermöglichen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb unterstützen wir seitens des Bundes die Länder und Kommunen weiterhin beim Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, bei der Steigerung der Betreuungsqualität sowie bei der Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit. Dafür werden wir im kommenden Jahr eine halbe Milliarde, 2020 eine Milliarde und 2021 sogar zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das Mehr an Betreuungsangeboten hat aber auch eine Kehrseite. Die Stellen lassen sich mangels Bewerbungen derzeit kaum noch besetzen.

Landrat stellt CDU-Kreisvorstand neues Tourismuskonzept des Kreises vor



Der Landkreis will die Region touristisch noch weiter nach vorne bringen. Dies ist auch notwendig, weil sich die Übernachtungszahlen im Schwarzwald-Baar-Kreis zuletzt deutlich schlechter entwickelt hatten als im Land. Ein Instrument zur Belebung ist das 2017 vom Kreis entwickelte Tourismuskonzept, das Landrat Sven Hinterseh dem CDU-Kreisvorstand in seiner Sitzung in Blumberg vorstellte. Mit 1,6 Millionen Übernachtungen liegt der Schwarzwald-Baar-Kreis zwar auf Rang vier unter 16 Kreisen im Schwarzwald und an achter Stelle unter 44 Kreisen landesweit. Gemeinsam könne man aber besser werden, meinte der Landrat. Das sehe ich genauso und habe ihm seitens der CDU volle Rückendeckung zugesagt. Schließlich sind attraktive Tourismusregionen auch attraktive Lebensräume, die bei der Wahl eines Arbeitsplatzes für Fachkräfte und deren Familien heute mitentscheidend sind.

Thorsten Frei bei der Kolpingfamilie



Der Koalitionsvertrag und die Flüchtlingssituation in Deutschland waren die prägenden Themen beim politischen Abend der Donaueschinger Kolpingfamilie. Vor rund zwei Dutzend Zuhörern habe ich eingangs betont, dass eine Regierung generell die Rahmenbedingungen für die Menschen positiv gestalten müsse. Und dies ist meiner Meinung nach mit dem neuen Ko-

alitionsvertrag gelungen. Mehr Kindergeld, Baukindergeld, die Förderung von kommunalem wie privatem Sozialwohnungsbau oder eine Grundschulganztagsbetreuung sind die von der Union durchgesetzten Akzente für die Familien. Damit allein können wir das Problem der Überalterung der Gesellschaft nicht lösen, weshalb ich für eine Zuwanderung von rund 200 000 Menschen pro Jahr in den Arbeitsmarkt, aber nicht in die Sozialsysteme plädiere. Anerkannte Flüchtlinge können ihre Familien nachholen. Fehlt aber die Anerkennung, darf es keinen Nachzug geben. Alles andere würde Begehrlichkeiten wecken. Eine neuerliche große Flüchtlingswelle könnte das Land nicht stemmen, deshalb müssen wir Grenzen ziehen.

Thorsten Frei bei Netzint in Gütenbach



Ein schnelles Internet wünschen sich alle und für Unternehmen ist es unentbehrlich geworden, aber nicht immer zu haben. Mit dem Breitbandzweckverband im Schwarzwald-Baar-Kreis sind wir auf einem sehr guten Weg. Maurice Cazautet und Kai Wursthorn, zwei junge Unternehmer in Gütenbach, machen gerade Karriere mit der Vernetzung von Unternehmen und Schulen, unter anderem mit Richtfunk. „Netzint“ gibt es in dieser Form seit vier Jahren. Über dreißigtausend Nutzer arbeiten über ihre Systeme, die Umsätze haben sich seither jährlich mehr als verdoppelt. Beeindruckende Zahlen und ein Portfolio, das den vom Bund mit fünf Milliarden Euro forcierten IT-Ausbau vorantreiben kann und den Schulen mit ihren Lösungen viel Geld und Lehrerstunden für die Systempflege erspart. Alles glatt läuft auch hier nicht. Trotz der Nähe zur FH Furtwangen, mit der man kooperiert, fehlt es an Personal.

Thorsten Frei gratuliert der neuen IHK-Präsidentin

Zwei Tage nach ihrer Wahl zur neuen IHK-Präsidentin habe ich Birgit Hakenjos-Boyd zu ihrer Wahl gratuliert. Frau Hakenjos-Boyd ist geschäftsführende Gesellschafterin beim Präzisionswerkzeuge-Hersteller Hakos. Mit dabei beim Unternehmensbesuch waren

Landrat Sven Hinterseh und IHK-Geschäftsführer Thomas Albiez. Wir wünschen uns eine weiterhin gute Zusammenarbeit, um die Region wirtschaftlich bestens positionieren zu können und am Ende etwas Gutes herauskommt.



Zudem sollte sich die IHK bei bundesweit relevanten Themen einmischen, um etwas bewegen zu können, etwa bei der Diskussion um längere Lebensarbeitszeiten. Ich bin weiterhin der Meinung, dass wir es uns beim derzeit herrschenden Facharbeitermangel nicht leisten können, wie einst bei der „Rente mit 63“ Hunderttausende aus dem Arbeitsmarkt zu verabschieden. Bei diesem Gespräch mit der neuen IHK-Präsidentin Hakenjos-Boyd wurde aber ein Phänomen angesprochen, das der Facharbeitermangel mit sich bringt. Frau Hakenjos-Boyd bedauert, dass sich die Unternehmen inzwischen die Mitarbeiter gegenseitig abwerben. Die Fluktuation in ihrem gut zahlenden Unternehmen habe bereits deutlich zugenommen. Beim Gegensteuern helfe nur mehr Nachwuchs. Nun möchte die IHK mit einer Image-Reparatur gegensteuern und mehr Jugendliche für technische Berufe statt Studium zu begeistern. Ein Weg, den ich unterstützen kann, zumal eine solide Ausbildung eine gute Basis fürs Berufsleben darstellt und einem späteren Studium nicht im Wege steht.

Thorsten Frei freut sich auf starke Kommunalwahlliste in Blumberg



Auch wenn die CDU in Blumberg mit der Nachbesetzung im Gemeinderat derzeit Probleme hat, sehe ich

den Blumberger Stadtverband im Hinblick auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr sehr gut aufgestellt. Es zeichnet sich schon jetzt eine bärenstarke Liste ab. In der Mitgliederversammlung am Freitag, 27. April, ging ich kurz auf die Bundespolitik ein und die Rahmenbedingungen, die nun in Berlin geschaffen werden, damit in Kommunen wie Blumberg gute Arbeit gemacht werden kann. So werden wir unter anderem eine Grundgesetzänderung vornehmen, damit Geld direkt vom Bund an Kommunen für Schulprojekte fließen kann. Auch bei den ersehnten Bundesstraßenprojekten Randen und Zollhaus kommen wir nun voran. Die Umfahrung Randen wird man nach Planung und Planfeststellung für unter zehn Millionen Euro recht schnell realisieren können. Mit der Umfahrung Zollhaus wird es augenscheinlich schwieriger. Da muss man kein Planer sein. Dennoch hoffe ich, dass dieses Teilstück auch in den nächsten zehn Jahren realisiert wird.

Thorsten Frei: Großen Dank an unsere Feuerwehren



Ehrenamtlich tätig sein ist heute leider nicht mehr selbstverständlich, und bei gefährlichen Einsätzen auch noch seine Gesundheit aufs Spiel setzen erst recht nicht. Entsprechend dankte ich den Feuerwehren des Kreises beim Festbankett der Feuerwehr Pfaffenweiler, die 150 Jahre alt ist und im Juni mit dem Kreisfeuerwehrtag groß feiern wird. Entstanden in der Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts genießen die Feuerwehren mit 97 Prozent unter allen Berufsgruppen das größte Vertrauen. Dieses haben sich die Feuerwehrleute mit viel Energie und hoher Bereitschaft verdient. Weniger erfreulich ist dagegen der schwindende Respekt vor der oft lebensrettenden Leistung der Rettungskräfte in Teilen der Gesellschaft, wenn ich an die filmenden Gaffer bei Unglücken denke. Dabei verdient diese Arbeit den Schutz der Gesellschaft. Entsprechend hat die Politik handeln müssen und per Gesetz auch gehandelt.

Politik mit Freunden: Beim Rotary-Club Donaueschingen

Regelmäßig bin ich auch bei den Service-Clubs meines Wahlkreises unterwegs, um über die aktuelle Bundespolitik zu sprechen - diesmal beim Rotary Club Donaueschingen. Dabei war vor allem von Interesse, wie die Arbeit der Koalition in Berlin nach der langen Regierungsbildung angelaufen ist. Vor diesem Hintergrund habe ich versucht, die „langen Linien“ der Innenpolitik zu zeichnen und deutlich zu machen, wie wir uns vorstellen, die Herausforderungen etwa des demographischen Wandels im Bereich der Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu bewältigen. Auch die Probleme von Flucht und Migration, des Fachkräftemangels und einer innovationsgetriebenen Wirtschaftspolitik hat in der Diskussion eine große Rolle gespielt. Dabei ging es auch darum die Herausforderungen in Deutschland in einen internationalen Rahmen einzuordnen. Gerade die aktuelle Zollpolitik der USA oder der weltweit zunehmende Protektionismus und das weltweite Agieren Chinas macht eben auch die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Zusammenhängen deutlich. Gerade weil wir mehr als die Hälfte unseres Wohlstandes außerhalb Deutschlands erwirtschaften, sind wir besonders auf relative Sicherheit und Stabilität in der Welt angewiesen.



Weitere acht Sprach-Kitas im Schwarzwald-Baar-Kreis durch den Bund gefördert



Es freut mich, dass mit dem Abschluss der zweiten Förderwelle weitere acht Kindertagesstätten im Kreis am Bundesprogramm

„Sprach-Kitas“ partizipieren und von Fördergeldern des Bundes profitieren können. Mit der Neuaufnahme von Einrichtungen aus Villingen-Schwen-

ningen, Donaueschingen, St. Georgen und Unterkirnach wächst die Anzahl bei uns im Landkreis geförderter Kitas auf 21. Zusammen fließen dadurch insgesamt rund zwei Millionen Euro Fördergelder in die Region. Ich unterstütze dieses Programm, damit alle Kinder von Anfang an möglichst gute Bildungschancen haben. Schließlich wissen wir aus Studien, dass sprachliche Kompetenzen einen erheblichen Einfluss auf den Bildungsweg und den Einstieg ins Erwerbsleben haben. Durch das Programm werden bundesweit über 7.000 zusätzliche halbe Fachkraftstellen in Kitas und in der Fachberatung gefördert.

Günter Vollmer leitet das Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen



Seit dem 1. April verstärkt Günter Vollmer aus Donaueschingen mein Team. Er leitet das Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen und unterstützt mich im Wahlkreis organisatorisch und als Ansprechpartner in allen Wahlkreisangelegenheiten. Der 53-jährige studierte Politologe und Geschichte und arbeitete zuletzt 25 Jahre für den Südkurier in der Redaktion Donaueschingen. Durch seine journalistische Tätigkeit kennt sich Günter Vollmer in der Region thematisch hervorragend aus und darüber hinaus ist er bestens vernetzt. Ich freue mich sehr über die personelle Verstärkung, die sich ganz sicher positiv auf meine Arbeit für die Region auswirken wird. Günter Vollmer ist telefonisch unter 07721 / 99 535 44 im Villingen Wahlkreisbüro in der Justinus-Kerner-Straße 5 erreichbar und steht allen Bürgern als erster Ansprechpartner bei Problemen, Gesprächs- oder Terminwünschen zur Verfügung.

Herzlichen Glückwunsch an Andreas Schwab - Auf einen erfolgreichen Europawahlkampf!



Bei der Bezirksvertreterversammlung zur Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Südbaden für die Europawahl im kommenden Jahr wurde unser Europaabgeordneter Andreas Schwab mit einem tollen Ergebnis auf Platz 3 der Landesliste gewählt. Hierzu gratuliere ich herzlich. Gratulieren möchte ich aber auch den weiteren Kandidatinnen und Kandidaten, die in Denzlingen gewählt wurden. Ich freue mich auf einen starken Europawahlkampf unserer Partei.

Nächste Bürgersprechstunde am 08. Mai

Meine nächste Bürgersprechstunde führe ich am 08. Mai 2018, ab 15.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5 in Villingen-Schwenningen, durch. Um Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um vorherige Anmeldung unter Tel. 07721 / 9953544.

Zudem führe ich am gleichen Tag um 17.30 Uhr meine nächste Online-Bürgersprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf viele Fragen und Anregungen der User.

Alle Termine meiner Bürgersprechstunden in diesem Jahr finden Sie auch auf meiner Homepage ([hier](#)).



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei